

**Antrag gemäß § 28/ § 29 GeschO**

Eingang: 27.07.2022  
Antragsnr.: 135/2022  
Verteiler: OBM, BM, Fraktionen  
Zust. Referat: OBM/13  
mit Referat:

**erlanger linke**  
Stadtratsgruppe für soziale Politik

Erlangen, den 27.07.2021

**Änderungsantrag zu TOP 16**  
**Antrag zum Stadtrat:**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Wir stellen den Änderungsantrag:

Aus Punkt 2 wird gestrichen: „und vor Ort die EU-Beitritts-Perspektive des Landes greifbar zu machen.“

Begründung:

Humanitäre Hilfe bedarf keiner Begründung. Sie darf nicht mit politischer Einflussnahme verbunden werden. Eine Politisierung der humanitären Hilfe gefährdet ihre breite Akzeptanz durch alle Akteure und Bevölkerungsgruppen vor Ort.

Die Entscheidung dafür oder dagegen einen EU-Beitritt anzustreben obliegt allein der ukrainischen Bevölkerung und sollte von außen nicht beeinflusst werden. Es gibt in der Ukraine auch Menschen, die eine EU-Mitgliedschaft ablehnen. Unabhängig davon, ob man deren Position teilt, ist sie legitim.

Mit freundlichen Grüßen

Fabiana Girstenbrei  
(Stadträtin)

Johannes Pöhlmann  
(Stadtrat)